

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Frankreichs Antwort.

Erst Aufgabe des Widerstandes, dann Verhandlungen. — Erst Zahlung, dann Räumung.

Paris, 7. Mai. (W.T.B.) Die französische Antwort auf die deutsche Note wurde gestern um 7 Uhr abends in der deutschen Botschaft in Paris überreicht. Sie ist an den Geschäftsträger Botschaftsrat von Hoersch gerichtet. Der von der Haas-Lagenur veröffentlichte Text lautet in deutscher Uebersetzung:

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Briefes vom 2. Mai zu bestätigen und im Namen der französischen Regierung die folgende Antwort zu erteilen: Die belgische und die französische Regierung können eine große Anzahl der von der deutschen Regierung gemachten Bemerkungen nicht durchgehen lassen, ohne ihnen zu widersprechen. Einerseits ist es nicht richtig, daß irgendeine von Frankreich und Belgien ergriffene Maßnahme in Verletzung des Friedensvertrages von Versailles erfolgt ist, andererseits stehen die heute von Deutschland formulierten Vorschläge in mehreren Punkten im Widerspruch mit diesem Vertrage. Der Vertrag von Versailles hat die Bedingungen bestimmt, unter denen die Schuld Deutschlands zuerst festgelegt und dann bezahlt wird. Die Festlegung ist Ende April 1921 erfolgt, die Zahlungsbedingungen sind am 5. Mai 1921 festgelegt worden. Deutschland hat formell an diesem Tage die Festlegung und die Modalitäten angenommen. Inzwischen hat es die Verpflichtungen, die es übernommen hat, nicht gehalten. Ein teilweises Moratorium ist ihm bewilligt worden, es hat nicht einmal diese herabgesetzten Verpflichtungen erfüllt. Die Reparationskommission hat die verschiedenen Vorschläge, die Deutschland begangen hat, festgelegt. Infolge dieser Festlegung und in Ausführung des Vertrages haben Frankreich und Belgien Pfänder genommen. Entgegen der Behauptung der deutschen Regierung ist diese Pfandnahme ohne die geringste Gewalt

Belgiens und Frankreichs erfolgt, und wenn es nur von diesen beiden Mächten abhängig gewesen wäre, hätten sie sofort im Ruhrgebiet eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Industrien, Ingenieuren und Arbeitern ermöglicht. Die Befehle, die von Berlin gekommen sind, haben allein diese Zusammenarbeit verhindert. Die deutsche Regierung behauptet, daß die Bevölkerung mit einem passiven Widerstand auf die Befehle des Ruhrgebietes geantwortet hat. Nichts ist weniger richtig. Es ist nicht die Bevölkerung, sondern die Regierung, die den Widerstand gewollt und organisiert hat. Die deutsche Regierung erkennt diese Komplizität übrigens selbst an. Denn sie erklärt heute, daß dieser Widerstand erst nach einem Uebereinkommen über die jetzigen Vorschläge ein Ende finden werde. Wenn der Widerstand von ihr nicht organisiert ist, wie würde also die deutsche Regierung Herr sein, ihn abzukürzen oder zu verlängern? Dieser Widerstand ist aber nicht passiv, sondern aktiv. Während der Friedensvertrag von Versailles formell bestimmt, daß Deutschland nicht das Recht hat, eine Sanktion, wenn sie nach Festlegung einer Verletzung durch die Reparationskommission erfolgt, als einen Akt der Selbstverteidigung anzusehen, hat die deutsche Regierung nicht nur Streiks von Beamten provoziert, sondern einen allgemeinen systematischen Konflikt, Angriffe, Sabotage und Vergehen gegen das gemeine Recht. Die belgische und die französische Regierung können keinen deutschen Vorschlag in Berücksichtigung ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird.

Sie wollen nicht, daß das Leben Ihrer Offiziere, Ihrer Soldaten, Ihrer Ingenieure, Ihrer Zollbeamten und Ihrer Eisenbahnbeamten in Gefahr ausgeht, während man die zu regelnden Fragen prüft. Sie wollen ferner nicht, daß die normalen Funktionen der militärischen Kontrollkommissionen gestört werden, und daß die Entwaffnung Deutschlands durch die einzige Tatsache kompromittiert werde, daß das unbefahlte Frankreich und Belgien Pfänder genommen hätten, wozu sie ein Recht besitzen. Die französische und die belgische Regierung müssen hinzufügen, daß die jetzigen Vorschläge Deutschlands in mehrerer Hinsicht vollkommen unannehmbar

sind. In erster Linie stellen die tatsächlichen Ziffern nur ein Viertel der Summe dar, die die Reparationskommission festgelegt hat und die von Deutschland als der Betrag seiner Schuld gegenüber den Alliierten anerkannt worden sei. Frankreich und Belgien haben wiederholt erklärt, und sie sind gezwungen, es hier nochmals zu sagen, daß sie die Herabsetzung ihrer eigenen Forderungen nicht annehmen können und daß, wenn sie bereit sind, einen Teil mit den alliierten Schulden zu kompensieren, sie in die materielle Notwendigkeit verfaßt sind, den Restbetrag zu empfangen, um die verschiedenen Verwüstungen zu beseitigen, die der deutsche Einfall verursacht hat. Frankreich hat bis zum Augenblick 100 Milliarden Franc für das Konto Deutschlands vorgezahlt, Belgien 15 Milliarden belgische Franc. Außer den Pensionsrückstellungen müssen sie noch die Hälfte ihrer Schäden reparieren. Das wirtschaftliche Interesse Frankreichs, das wirtschaftliche Interesse der Gesamtheit der Welt, die Gerechtigkeit selbst machen es erforderlich, daß die geschädigten Länder nicht mehr dazu verurteilt sind, sich zu ruinieren und die Wiederaufrichtung ihrer Schuldner zu begünstigen. Sowohl Frankreich als auch Belgien, beides Opfer der angriffsweisen Verträge, würden die angebotene Summe bis jetzt nicht gehalten, ihre verwüsteten Gebiete wiederaufzubauen. Also während die von den deutschen Heeren während vier Jahren besetzten Gebiete bis ins Unendliche verwüstet blieben, würde Deutschland fortfahren, im Ruhrgebiet und andernwärts neue Fabriken, Hochöfen, Häusergruppen, Wege und Eisenbahnen zu bauen. Diese Ungerechtigkeit sind Belgien und Frankreich entschlossen, nicht zu dulden. Das Angebot von 30 Milliarden, das die deutsche Regierung gemacht hat, enthält übrigens nach einem von der deutschen Regierung selbst gebrauchten Ausdruck eine gewisse Elastizität, deren Willkür und Gefahr man nicht nötig hat, anzuzeigen. Die Zahlen, die angegeben wurden, würden nach der deutschen Regierung ein Regime bilden, und es würde Deutsch-

land leicht sein, sie wieder zur Diskussion zu stellen, bevor sie Wirklichkeit geworden sind. Gewiß behauptet die deutsche Regierung, daß es im Auslande nicht möglich sei, feste und endgültige Ziffern der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bestimmen. Als die alliierten Regierungen den Londoner Zahlungsplan aufstellten, haben sie Rücksicht genommen auf das, was diese Bemerkung Berechtigtes in sich birgt. Und sie haben die Zahlung von annähernd zwei Drittel der deutschen Schuld auf eine unbestimmte Zeit verschoben, die durch den Wohlstand Deutschlands allein hat bestimmt werden sollen. Seitdem hat die deutsche Regierung nicht aufgehört, gegen diese Unbestimmtheit eines Teiles der Schuld zu protestieren. Sie hat gesagt und wiederholt, wenn sie verhindert sei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so geschähe dies, weil sie deren endgültige Ziffern nicht kenne. Heute setzt sie sie um mehr als drei Fünftel des festen Teiles ihrer Schuld herab. Sie reduziert den unbestimmten Teil um mehr als sieben Achtel, aber sie behält die Unbestimmtheit bei. Können da die Alliierten irgendeinen Grund haben, anzunehmen, daß Deutschland nicht bald wieder auf seine ursprüngliche Begründung zurückgehen und erklären wird, daß nur der feststehende Teil von Deutschland bezahlt werden kann, unter dem Vorwande, daß es den Gesamtbetrag seiner Verpflichtungen nicht kennt? Tatsächlich handelt es sich bei den deutschen Vorschlägen nur um eine

nominielle und scheinbare Summe von 30 Milliarden Goldmark. Der tatsächliche Betrag rechnet erst vom 1. Juli 1927, und das für eine Summe von nur 20 Milliarden Mark. Deutschland verlangt also ein vollständiges Moratorium von zunächst 4 1/2 Jahren, gerechnet vom 1. Januar 1923, dem Tage, an dem der Londoner Zahlungsplan von der Reparationskommission wieder in Kraft gesetzt worden ist. Die Summe von 20 Milliarden ermäßigt sich übrigens noch beträchtlich, weil bis zum 1. Juli 1927 die Zinsen von dem Betrag der Anleihe genommen werden sollen. Wenn man einen Diskont von 6 Proz. rechnet, so sinkt der augenblickliche Wert der 20 Milliarden also auf 15 Milliarden 820 Millionen herab. Diese ungenauen Vorschläge sind übrigens von Vorbehalten begleitet, die gestatten würden, in einigen Monaten wieder alles in Frage zu stellen. Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß die 20 Milliarden oder die geringere Summe, die sie ins Auge faßt, tatsächlich an dem genannten Datum bezahlt werden. Sie sieht vielmehr vor, daß wenn sie nicht durch Anleihen gedeckt werden, der nicht gezahlte Teil zu dem lächerlichen Zinssatz von 5 Proz.

eine zu amortisierende Annuität bilden wird. Noch weniger Garantien bietet sie für die beiden Ergänzungsbeträge von je 5 Milliarden, die im Grundjahr am 1. Juli 1929 bzw. am 1. Juli 1931 bezahlt werden sollen. Die deutsche Regierung erklärt, eine internationale Kommission solle entscheiden, ob diese beiden Abschnitte ausbezahlt werden sollen und desgleichen, ob die Zinsen ab 1. Juli 1923 bezahlt werden sollen oder nicht. Eine derartige Unsicherheit macht eine jede ernste Schätzung des Gegenwertes des Angebotes unmöglich. Uebrigens haben die französische und die belgische Regierung auf der Pariser Konferenz in gegenseitigem Einvernehmen den Gedanken ausgeschaltet, daß etwa die Reparationskommission ihrer Kompetenz entleidet und durch internationale Kommissionen, internationale Ausschüsse von Geschäftsleuten, Schiedsgerichte ersetzt wird.

Im Vertrag von Versailles hat Deutschland sich feierlich verpflichtet, die Reparationskommission als Richter über den teilweisen Nachlaß von Schulden und den Ausschub von Zahlungen anerkannt. Es ist bestimmt worden, daß kein Nachlaß anders als durch einstimmiges Einvernehmen der Gläubigermächte gewährt werden kann. Frankreich und Belgien können sich nicht bereit erklären, die durch den Vertrag von Versailles ihnen gebotenen Garantien preiszugeben. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Sicherheiten für die Vorfestungen und Sachlieferungen zu geben. Was sie heute anbietet, stellt aber nichts weiter als eine enorme Verminderung ihrer früheren Verpflichtungen dar; was aber diese Sicherheiten anbelangt, so beschränkt sie sich darauf, die unbestimmtesten und unklarsten Ideen zu äußern, obwohl die Reparationskommission im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen bereits seit langem Maßnahmen studiert hat, mit Hilfe deren Deutschland seine Forderungen wieder herzustellen und zur Aufnahme auswärtiger Anleihen zu schreiten sich verpflichtet. Obwohl die alliierten Regierungen Deutschland manchmal zu den aufrichtigsten Bemühungen anzuweisen versucht haben, die erforderlich sind, um diese Resultate zu erzielen, sagt die deutsche Regierung auch jetzt noch nicht, in welcher Weise sie ihre Währung zu stabilisieren suchen wird oder welche gesetzgeberischen Maßnahmen sie ergreifen wird, noch auch, welche Einnahmequellen sie für Garantierung der verschiedenen Anleiheabschnitte zu verwenden gedenkt. Genau so unbestimmt und genau so illusorisch sind die Angaben der deutschen Regierung über

die Sicherheitsgarantien, die sie, wie sie erklärt, Frankreich zu bieten bereit ist. Sie spricht nicht von Belgien, und dieses Versehen erscheint zum allermindesten merkwürdig, wenn man sich erinnert, wie Deutschland sich im Jahre 1914, als es Garant für die belgische Neutralität war, dieser Nation gegenüber benommen hat, deren Unabhängigkeit es zu schützen versprochen hatte. Inzwischen sind die belgische und die französische Regierung stets für das internationale friedliche Verfahren und die friedenssichernden Vereinbarungen, die auf Gegenseitigkeit beruhen, gewesen, und die deutsche Regierung mißachtet trotzdem schon heute die Hauptbedingung, die der Versailler Vertrag enthält. In diesem Zusammenhang ebenso wie in der Reparationsfrage können Frankreich und Belgien sich nicht mit den deutschen Vorschlägen begnügen. Sie brauchen Gewissheiten. Als Gegenleistung für zum Teil unannehmbar und zum Teil unzulängliche Vorschläge beansprucht die deutsche Regierung, daß der

Ausgangspunkt der Verhandlungen sein müsse, daß der status quo ante des Friedensvertrages wiederhergestellt wird. Und in Anwendung dieser allgemeinen Bestimmung verlangt es namentlich, daß die neuerdings in vollem Einvernehmen mit dem Versailler Vertrag besetzten Gebiete geräumt werden, daß die in den Rheinlanden von der Rheinlandkommission zur Sicherung des Versailler Vertrages ergriffenen Maßnahmen zurückgezogen werden, daß die wegen Verletzung der regelrecht erlassenen Ordnungen verhafteten und ausgewiesenen Deutschen befreit und in ihre Wohnstätten und Dienststellen wieder eingesetzt werden. Also während 4 1/2 Jahren, d. h. während der Periode, in der die französische und die belgische Regierung sich bemüht haben, Sachlieferungen und Geldzahlungen zu empfangen und den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete durchzuführen, müssen sie geduldig ohne Pfänder und ohne Garantien warten, bis es der deutschen Regierung gefällt, die Maßnahmen zu ergreifen, die ihr passen, um dann eine unbestimmte und winzige Summe anzubieten. Aus dem Ruhrgebiet müßten sie sogar heraus, in das sie doch nur eingerückt sind, um die Garantien und Pfänder in der Hand zu haben, auf die sie einen Anspruch haben und die ihnen verweigert worden sind. Die belgische und die französische Regierung haben

beschlossen, die neubesetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen. In diesem Beschluß haben sie nichts zu ändern. Sie können im übrigen nicht die Bemerkung unterlassen, daß die deutsche Note von Anfang bis zu Ende nur der laun verhehlte Ausdruck einer systematischen Auflehnung gegen den Versailler Vertrag ist. Dies würde schließlich nothgedrungen zur vollkommenen und endgültigen Zerstörung dieses Vertrages führen, dies würde sogar zu einer moralischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Revolution in Deutschland führen. Unmittelbar nachdem die Völkerversammlung noch einmal einmütig festgestellt hat, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, sollen Frankreich und Belgien auf die friedlichen Sanktionen verzichten, die zu ergreifen Deutschland sie gezwungen hat. Deutschland soll von den Ausgaben befreit werden, unter denen es nach seinen Erklärungen zusammenbricht, und die es für unproduktiv erklärt. Damit scheint es

die Besatzungstruppen im Auge zu haben und Belgien und Frankreich einer der solidesten Garantien berauben zu wollen, die die Sicherheit und die Befolgung der vertragsmäßigen Garantien gewährleisten sollen. Die Reparationskommission soll desavouiert und aufgehoben oder bis zur Ohnmacht eingeschränkt werden. Deutschland soll befreit werden von dem, was es die politischen und wirtschaftlichen Fesseln des Vertrages nennt. Die Alliierten müßten Deutschland sofort wieder in den Genuß der Weisheitsbegünstigungsklauseln setzen, was ihm gestatten würde, von den Ruinen, die es in Belgien und Frankreich gehäuft hat, Ruhen zu ziehen, um sich rasch die industrielle Ueberlegenheit über die Länder zu sichern, die es verarmt hat. Auch für die Reparationsfrage soll nicht mehr, wie es der Versailler Vertrag vorgesehen hat, eine Kommission zuständig sein, deren Entscheidung zu befolgen Deutschland sich verpflichtet hat. Sie soll vielmehr internationale Kommissionen unterbreitet werden. Belgien und Frankreich sollen ihre Pfänder aus der Hand geben. Sie sollen der Gewalttätigkeit der deutschen Regierungsbeamten ausgeheißt werden, und als Gegenleistung für alle diese Opfer würden ihnen noch einmal ein paar auf Papier geschriebene Worte gegeben werden. Die deutsche Regierung wird, wenn sie über diese Dinge einmal nachdenken wollte, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.

Brüssel, 7. Mai. (W.T.B.) Der Minister des Aeußeren hat dem deutschen Geschäftsträger die belgische Antwort auf die deutsche Note übergeben.

Nach den Erfahrungen, die man mit der Uebersetzung der deutschen Note ins Französische gemacht hat, muß man jeder Kritik der französischen Antwort den Vorbehalt einer Prüfung des uns noch nicht zugänglichen Urtextes vorausschicken. Die Antwortnote folgt in ihrem Aufbau dem deutschen Vorschlag, sie beschäftigt sich zunächst mit dem passiven Widerstand, dann mit dem deutschen Zahlungsplan, mit der Frage der Sicherung und der Gegenseitigkeit und mit der Frage der Räumung. Zwischen dem ersten und dem letzten, Widerstand und Räumung, besteht ein logischer Zusammenhang.

Die deutsche Note hat es dem Gegner leider sehr leicht gemacht, Widersprüche in der Frage des passiven Widerstandes festzustellen. Dennoch bleibt die französische Behauptung, daß dieser Widerstand lediglich auf Berliner Anordnungen zurückzuführen sei, unhaltbar. Sein hauptsächlichster Träger ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die in der gegenwärtigen deutschen Regierung nicht vertreten ist und dieser scharf kritisch gegenübersteht. Was die Regierung dazu oder — natürlich unbewußt — dagegen getan hat, den Widerstand möglichst erfolgreich zu gestalten, darüber kann einmal bei passender Gelegenheit ausführlich gesprochen werden. So wenig die deutsche Regierung den passiven Widerstand durch ihre Anordnungen heraufbeschworen hat, so wenig ist sie in der Lage, ihn wieder abzublenden.

Der französisch-belgische Einbruch hat in den neubesetzten Gebieten ein solches Chaos geschaffen, daß überhaupt kaum jemand noch von deutscher Seite Garantien für die weitere Entwicklung der Dinge dort übernehmen kann. Aber wenn der französisch-belgische Militarismus aufhören wird, die Bevölkerung zu reizen, zu drangsalieren und ihr jedes mögliche

Unrecht anzutun, dann wird auch der Widerstand der Bevölkerung den Einbruchstruppen weniger empfindlich werden. Die Formel: es werde kein deutscher Vorschlag in Erwägung gezogen werden, solange der Widerstand andauere, ist unbestimmt und deutungslos. Sollte sie befehlen, daß die Verhandlungen erst beginnen sollen, bis sich der letzte Deutsche den Befehlen der widerrechtlichen Gewaltthaber willig füge, so wären Verhandlungen überhaupt niemals möglich. Da aber Verhandlungen notwendig sind, wird ein Weg gefunden werden müssen, um diese Schwierigkeit zu beseitigen.

Einen solchen Weg zu finden, wird in der Räumungsfrage noch viel schwerer sein. Denn hier gibt es zwischen dem Standpunkt der Pariser Regierung und der Rechtsauffassung, die das ganze deutsche Volk vertritt, keine Versöhnung. Herr Poincaré bleibt dabei — und er kann wohl auch nicht anders — daß er durch den Friedensvertrag zur Befreiung des Ruhrreviers berechtigt sei. Das ganze deutsche Volk aber erblickt in dieser Befreiung ein Verbrechen wider das Völkerrecht, ein mitten im Frieden verübtes gewalttätiges Unrecht, das so rasch wie möglich wieder beseitigt werden muß. Diesen unzweifelhaften Rechtsstandpunkt wird keine deutsche Regierung aufgeben.

Eine Lösung ist im Augenblick nicht zu sehen, es wäre denn, daß Deutschland durch rasch gesicherte große Anleihen instand gesetzt würde, mehrere Jahresraten auf einmal zu bezahlen, und wenn in Vorausicht dieser gesicherten Zahlung das Ruhrgebiet in einem Zuge geräumt würde. Das aber ist eine Möglichkeit, mit der bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch der kühnste Optimismus nicht rechnen wird.

Die Kritik, die in der französischen Antwort an den deutschen Zahlungsvorschlägen geübt wird, zeigt, daß eine Einigung in den finanziellen Fragen sehr schwer sein wird, aber das ist nichts Neues. Auch daß das deutsche Angebot als so unbedeutend und geringfügig wie möglich dargestellt wird, kann nicht überraschen, das entspricht nur einer allgemeinen Händlerattitüde. Wäre nur erst der Wille da, sich über wirtschaftliche Fragen mit praktischem Verstand auseinanderzusetzen, so würde sich für die allgemein als notwendig erkannte Begrenzung der deutschen Verpflichtungen eine Form finden lassen. Dasselbe gilt für die Frage der Garantien.

Was die Stellung der Reparationskommission betrifft, so sehen wir nicht, wieso sie durch den deutschen Vorschlag angegriffen wird. Es wäre denn, die französische Regierung sähe einen solchen Angriff überhaupt schon in der Absicht, die Verpflichtungen zwischen Staat und Staat auf den Weg einer internationalen Anleihe überzuleiten. Gegen diese Absicht wird aber bemerkenswerterweise mit keinem Wort der Antwortnote polemisiert. Werden nun wirklich große Anleihen ausgebracht, so wird dadurch die Aufgabe der Reparationskommission wesentlich vereinfacht, die Fragen der Garantierung, der Verzinsung und der Tilgung dieser Anleihen können dann logischerweise nur zwischen dem Anleihenehmer und den Anleihegebern geregelt werden. Bis dahin bleibt der Aufgabenkreis der Reparationskommission uneingeschränkt.

Ist das aber der Fall, dann ist auf deutscher Seite der Wunsch berechtigt, daß zunächst einmal die Reparationskommission repariert wird. Diese Kommission ist heute tatsächlich nur noch eine Rumpfkommision, sie ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt längst nicht mehr das, was sie nach dem Vertrag von Versailles sein sollte, sondern vielmehr nur noch ein Vollzugsauschuss derjenigen Mächte, die mit widerrechtlicher Gewalt gegen Deutschland vorgegangen sind und die auch jetzt so tun, als ob die Frage der Reparationen lediglich zwischen ihnen und Deutschland zu regeln wären.

In Wirklichkeit aber wird die Erklärung Lord Curzons, daß diese Frage alle angehe, von keiner Seite ernstlich bestritten werden können. Die Fortsetzung der bisherigen Politik Frankreichs gegen Deutschland bedeutet eine wirtschaftliche und politische Bedrohung für die ganze Welt. Würde irgend eine deutsche Regierung, die man sich einstweilen gar nicht vorstellen kann, der französischen Regierung unmögliche Zahlungen versprechen und darin einwilligen, daß das Ruhrgebiet

beseht bleibt, so würde das den europäischen Wirrwarr nicht beseitigen, sondern ihn bis zum äußersten steigern. Die ganze Welt würde dadurch in schwerste Mißleidenschaft gezogen werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die deutsche Note einen — vielleicht wenig geschickten — Versuch bedeutet, eine Lösung herbeizuführen, während die französische Antwort einen geschickten Versuch darstellt, das Problem überhaupt unslösbar zu machen. Folge davon ist, daß die notwendige Diskussion langsamer und schwerfälliger in Gang kommen wird, als es den Interessen Europas entspricht. Einstweilen ist abzuwarten, in welcher Weise sich das von Poincaré mit gewollter Nichtachtung behandelte England in ihr geltend machen wird.

Pariser Pressstimmen.

Paris, 7. Mai. (G.) Die Pariser Morgenblätter begnügen sich im allgemeinen, den Inhalt der Antwortnote Poincarés zu unterstreichen, und die bürgerlichen Zeitungen, mit Ausnahme des „Deuores“, geben ihrer vollen Zustimmung zu der französischen Note Ausdruck. Bertinog findet sie durchaus klar und kraftvoll. Nach Angriffen auf Curzon, der die Antwort verzögern und gemeinsam von allen Alliierten geben lassen wollte, schreibt Bertinog weiter: Die Alliierten hätten Berlin ein Minimalprogramm überreicht, das von allen Alliierten unterzeichnet worden wäre, und ein Maximalprogramm, das nur Frankreich und Belgien unterzeichnet hätten. Deutschland hätte sich nur an das Minimalprogramm gehalten, wodurch die französisch-belgische Politik vom 11. Januar bedroht worden wäre. Lord Curzon möge sich weniger um Paris kümmern, als sich mehr in Deutschland umsehen, wo er leben würde, daß die deutschen Industriellen im besetzten Gebiet 800 Kohlen verlöschen ließen, daß sie neue industrielle Vereinigungen schufen, um die angehäuften Vorräte zu den vorteilhaftesten Preisen zu verkaufen und daß sie im unbesetzten Gebiet neue Fabriken und neue Kohlen errichteten. Die fortschreitende Entwertung der Mark befunde übrigens, daß deren letzte Tage gezählt seien.

Das „Journal“ schreibt, Frankreich wolle in keiner Note besonders die Ablehnung der deutschen Vorschläge vor aller Welt begründen. Die englische Regierung hätte diese Note unterzeichnen können; denn England könne doch nicht bestreiten, daß das deutsche Angebot lächerlich und die Garantien ungenügend seien. Die französisch-belgische Note erscheine insbesondere als eine Antwort auf das Angebot Lord Curzons, eine gemeinsame Aktion durchzuführen. Aber eine solche gemeinsame Aktion wäre erst dann möglich, wenn die Ruhrangelegenheit liquidiert sein werde.

Der „Figaro“ erklärt, man dürfe sich in Berlin nicht täuschen. Poincaré habe, als er schrieb, daß die deutschen Vorschläge unannehmbar und zum Teil unzureichend seien, damit nicht andeuten wollen, daß er Verhandlungen über die gegenwärtigen Vorschläge zulassen wolle. Im Gegenteil habe er nur ausdrücken wollen, daß man Erörterungen mit Deutschland zwar nicht ablehnen werde, daß aber erst Vorschläge vorgelegt werden müßten, die dem Versailles Vertrag und dem von Reiche eingegangenen Verpflichtungen entsprächen.

Der „Eclair“ bedauert, daß Poincaré von „teilweise unannehmbaren und teilweise unzureichenden Vorschlägen“ gesprochen habe; denn dies könnte zu der Anschauung verführen, als ob Frankreich zur Fortsetzung der Besprechungen mit der Regierung Curzons bereit wäre. Frankreich und Belgien müßten jetzt vielmehr die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den passiven Widerstand im Ruhrgebiet zu brechen. Bis her sei man zu gemäßig und zu langsam vorgegangen.

Paris, 7. Mai. (G.) „Petit Parisien“ schreibt, es sei eine große Genugtuung für Frankreich, daß es sich mit Belgien wieder einmal eins weis in der Beurteilung der Form und des Inhaltes der französisch-belgischen Antwort. Aber wieviel mehr Gewicht würde die Antwort gehabt haben, wenn sie das Glück gehabt hätte, die rückhaltlose Billigung der englischen und der italienischen Freunde gefunden zu haben. Die Antwort ist so gemäßig und so vernünftig, daß man sich wirklich fragen muß, warum sie nicht den Ausgangspunkt einer „gemeinsamen Aktion“ bilden soll, die die Londoner Regierung im Auge hat und die der größte Wunsch Frankreichs ist.

Herzé, der seine Information häufig aus der nächsten Umgebung des Elisee erhält, behandelt in der „Victoire“ eine andere Seite der Frage: Frankreichs Antwort könne, obwohl sie von Belgien unterstützt sei, an den Grundfragen selbst nichts ändern. Sie lasse die Reparationsfrage und die Frage der Sicherung Frankreichs unerledigt. Nachdem Lord Curzon offen erklärt lieh, daß er für eine gemeinsame Aktion ist, ist es notwendig, auf schnellstem

Weg zu einer interalliierten Besprechung zu kommen, die, ohne die lärmende und feierliche Form von Konferenzen anzunehmen, die Wiederherstellung der interalliierten Einheitsfront vorbereitet, die im Januar von Bonar Law zerstört wurde. Die erste Bedingung für ein gemeinsames Handeln ist eine Verständigung über die allgemeinen Richtlinien. — Eine Anzahl von Bilitern stellt die Frage der Räumung des Ruhrgebietes in den Vordergrund. „L'homme libre“ schreibt, vor allem müsse Deutschland die Beschlüsse verstehen, die die Brüsseler Konferenz beendigt haben und die später immer wieder erneuert worden sind. Frankreich und Belgien würden das Ruhrgebiet nur im Verhältnis zu den von Deutschland erfolgten Zahlungen räumen.

„Le nouveau“ findet, daß die Note in juristischer Beziehung eine interessante Anstrengung darstelle, denn ihre Argumentation sei solide, welches werde der Effekt dieses Plädoyers in Berlin sein? Man dürfe voraussetzen, daß es in Deutschland nicht zu einem plötzlichen „mea culpa“ (Schuldbekennnis) führen werde, daß es ganz im Gegenteil den Anhängern harten Widerstandes wieder Mut geben werde. Im Hinblick auf die Alliierten und die Neutralen könne man befürchten, daß Poincaré und Theunis ihr Ziel verfehlten. Die Frage hinsichtlich der Möglichkeiten einer deutschen Revolution sei nicht sehr glücklich. Obwohl sie von einer ausgezeichneten Ansicht angehaften sei, werde sie die außerhalb Frankreichs schon stark verbreitete Meinung verstärken, daß man im Ruhrgebiet nur eine rein politische Operation durchführe, daß die Frage der Zahlungen Frankreich neben sächlich erscheine und daß durch die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen hindurch das alte Duell zwischen Deutschland und Frankreich fortgesetzt werde. Hinsichtlich der Haltung gegenüber England sagt das Blatt: Deutschland haben wir im höchsten Maße nicht gefaßt, es wäre indessen gut, wenn wir irgend jemanden ja sagen würden.

Der sozialistische „Populaire“ fragt: Warum legt man solchen Wert darauf, England beiseite zu schieben? Die einzige plausible Erklärung besteht darin, daß England, wenn es auch mit uns die Note Curzons abgelehnt hätte, zweifellos doch darauf bestanden haben würde, daß die Antwort nicht rein negativ ausfalle, daß sie nicht die Tür für eine deutsche Erwiderung verschloße, damit nach diesem ersten Waffengang zweitmäßige Unterhandlungen angeknüpft werden könnten. Heute aber wolle Poincaré ebenso wie im Januar und wie im Dezember und August nicht, daß es zu Unterhandlungen komme. Zum allermindesten handele die Regierung so, als ob er es nicht wolle.

„Deuore“ sagt: Die Note bedeutet, wie man seit der ersten Stunde weiß, eine glatte Ablehnung. Sie ist auch ein sehr schönes Modell juristischer Diskussion. Poincaré hat ausgezeichnet Frankreichs Recht bewiesen, bei dem status quo solange zu verharrten, wie es ihm gefalle. Rummher hat er ohne Zweifel auch bewiesen, daß Frankreich ein Interesse daran hat, bis in die Unendlichkeit in einer Lage zu verharrten, die ihm nichts einbringt und die es sehr teuer bezahlt. Das ist aber nach aller Überzeugung eine ganz andere Beweisführung, die Poincaré nicht der deutschen Regierung vorzubringen hat, sondern die nur das französische Parlament angeht. Poincarés Antwortnote enthält auch nicht eine einzige Suggestion. Man steht heute genau auf demselben Standpunkt wie vor dem deutschen Vorschlag.

Belgiens Solidarität.

Die belgische Antwort stimmt mit der französischen wörtlich überein. Laut „Echo de Paris“ hat der belgische Außenminister Jaspars gestern in einer Ansprache das deutsche Angebot als lächerlich bezeichnet und erklärt: Wir werden das Ruhrgebiet erst an dem Tage räumen, wo die Reparationen durchgeführt sind. Sie sollen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Welt bezahlt werden. Es besteht jedoch ein Minimum, unter das man nicht heruntergehen kann und darf. Wenn jemand eines Tages untergehen muß, so wollen wir das nicht sein. Dem „Deuore“ nach hat der Minister noch erklärt, von gewisser Seite werde behauptet, daß Frankreich und Belgien schwarze Absichten haben. Man wolle Frankreich vor, es wolle einen besiegten Gegner noch zerstückeln. Das sei eine Verleumdung, und die französische und belgische Regierung würden das Ruhrgebiet räumen, sobald die Reparationen wahrhaft garantiert sind.

Cachin frei, Hüllein bleibt in Haft. Der „Main“ teilt mit, daß Cachin und die anderen inhaftierten französischen Kommunisten von der weiteren Untersuchungshaft befreit werden. Hüllein dagegen bleibt in Haft.

Von Hafentreueryern niedergeschossen wurde in Wien der sozialdemokratische Ordner Gen. Stille, ein junger Eisenbahner. Der Schießbold ist verhaftet.

„Wir brauchen ein starkes Geschlecht!“

Von Frh. Müller, Chemnitz.

Im Thüringer Landtag stand kürzlich ein Antrag zur Ausprache, nach schärfstem Vorbild in den Volksschulen die körperliche Züchtigung abzuschaffen. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Herfurth leistete sich — wie die „Thüringer Beherzeitung“ berichtet — bei der Besprechung dieses Antrages u. a. folgenden Satz: Wir brauchen ein starkes Geschlecht, das — wenn notwendig — auch einmal eine Tracht Prügel vertragen kann.

Durch diesen Ausspruch hat Herr Dr. Herfurth das deutschnationale Erziehungsideal trefflich gekennzeichnet. Prügel sollen in der Volksschule kein Strafmittel, sondern — wahrscheinlich im Verein mit der körperlichen Ermüchtigung — ein Unterrichtsgegenstand sein. Schon im spartanischen Staat legte man auf die Abhärtung des heranwachsenden Geschlechts sehr viel Wert. Die Jungen mußten Hunger, Kälte und Hitze ertragen lernen und wurden ab und zu einmal — lediglich, damit sie sich an körperlichen Schmerz gewöhnten — bis aufs Blut gepeitscht.

Zu solchen widerstandsfähigen Menschen wollen die Deutschnationalen unsere Kinder erziehen. Die dazu erforderlichen Prügel müssen der Jugend nach einem methodisch genau ausgearbeiteten Plan verabreicht werden, wobei nach dem allbewährten Grundsatz zu verfahren ist: Vom Leichteren zum Schwereren; vom Einfachen zum Zusammengefügten!

Es wird mit ganz wenigen und wenig schmerzenden Hieben begangen. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr steigern sich Quantität und Qualität der Prügel. Auch verringern sich die Abstände, in denen die Kinder verprügelt werden. Wenn dann die Kinder so weit sind, daß sie ihre tägliche Nische bekommen, dann brauchen sie keine Hausaufgaben anzufertigen. Dadurch werden ganz beträchtliche Ersparnisse an Heften und Federn erzielt. An Stelle der sogenannten guten Arbeiten ins Aufsatz- und Sprechheft tritt jeden Sonnabend eine Uebung im Ertragen einer verstärkten Tracht Prügel. Zu Michaelis und zu Ostern wird festgesetzt, wieviel Hiebe die Kinder aushalten können, ohne zu heulen. Danach werden die Zensuren und die Rangordnung in der Klasse bestimmt.

Wer das Klassenziel — das heißt die Fähigkeit, die vorgezeichneten Prügel zu ertragen — nicht erreicht, muß sitzen bleiben. Wer besonders standhaft ist, darf eine Klasse überspringen oder wird in eine höhere Schule aufgenommen. Die Aufnahmeprüfungen für diese Schulen bestehen im Aushalten einer gewissen Zahl von Hieben. Dadurch wird die Förderung verwickelt: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Weitere Unterrichtsgegenstände sind: Einsteden von Anknappzern, besonders von unverbundenen; Ertragen von allerhand

Schikanen, ohne sich zu beschweren; trübseliges Anhören von reaktionären Reden; Glauben von rechtsgerichteten Tatsachenevangelien (z. B. Dolchstoßlegenden); Ertragen von Hunger, Kälte, schlechten Wohnverhältnissen und langer Arbeitszeit; Auskommen mit wenig Lohn usw. usw.

Wird die Jugend in diesem Sinne erzogen, dann bekommen wir ein Geschlecht, an dem die Deutschnationalen ihre Freude haben. Wer immer noch nicht einsehen will, wie gut es die Befinnungsgenossen des Herrn Dr. Herfurth meinen, dem sei zum Schluß noch verraten, daß sie diese vortreffliche Erziehung nicht für den eigenen Nachwuchs beanspruchen, sondern sie den Kindern der breiten Massen des arbeitenden Volkes zuteil werden lassen. Die deutschnationalen Söhne haben solche Uebungen gar nicht nötig. Sie lernen das Ertragen von Prügeln auf der Mensur und bei den Verjahren, ungsgerichtete Versammlungen zu stören!

„Die blonde Rasse“ von Pordes-Milo. Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater, das wieder vom Film zur Operette zurückgekehrt ist, hat einen recht amüsanten Theaterabend. Eine lustige Handlung, die in Verbindung mit der an guten Einfällen reichen Musik von Anton Profes eine annehmbare Operette ergab. Statt der üblichen Aufmachung ein Versuch, durch eine witzige, launige Handlung und durch gutes Ensemblespiel zu fesseln. Der Versuch gelang nicht nur, weil das übliche Spiel der Ueberrassungen und Vermittlungen das Interesse an dem lustigen Treiben wahrhaft, das in einem Rechtsanwaltsbureau beginnt, in einem verkommenen Weinrestaurant fortgesetzt wird und in der Küche des Rechtsanwalts endet, sondern vor allem, weil die Darsteller fast durchweg respektable Leistungen boten. In den weiblichen Rollen taten sich vor allem Klara Helling, Emma Perro und Ida Banc hervor. In den Nebenrollen schufen Siegfried Berich als Schreiber Wandschein und Emil Stammer als Chaufeur Karl zwei köstliche Typen.

Jadlowker in der Staatsoper. Jadlowker scheint immer noch Jungfräulein zu sein oder sein zu wollen. Sein Tenor ist des Glanzes und der Schönheit leider ganz entledigt, und in einer Rolle, der er als Spieler nur halb gewachsen ist (Turiddu), konnten nur noch Gesangsmängel zum Ausdruck. Das ist bitter zu sagen. Aber wir wollen doch künftig nur noch die Erinnerung an Jadlowkers Glanzzeit in uns bewahren, das Jetzt aber mit Schweigen übergehen. Diese „Cavalleria“-Aufführung wäre unter Ehrenbergs harter Leitung ein ganzes Mißgeschick gewesen, wenn Frau Bindernagel nicht Leidenschaft in Schöngesang gebettet und einen ganzen Menschen auf die unwahrscheinlichen Opernbretter gestellt hätte. R. S.

Eine internationale Geschichte des Weltkriegs. Nach den Nachrichten über die Vorbereitung einer deutschen Edition der von der Carnegie-Stiftung veranstalteten Wirtschaft- und Sozialgeschichte des Weltkriegs wird es interessieren. Näheres über dieses große eigenartige Geschichtswerk zu hören, das zugleich Friedenswerk sein soll. Der Umfang der Geschichte ist auf 150 Bände berechnet. Sie wird unter der Oberleitung von Prof. James I. Schotwell von der

Columbia-Universität von Spezialisten auf dem Gebiet der Nationalökonomie, Soziologie und Geschichte, von Staatsmännern und Führern der Wirtschaft und der Arbeiterkassen abgefaßt werden, besonders auch von solchen, die während der Kriegszeit selber an verantwortlicher Stelle gestanden sind. Es soll die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Entente so gut wie die der Mittelmächte und der neutralen Staaten Europas umfassen, und zwar soll die Geschichte eines jeden Landes von seinen eigenen Historikern geschrieben werden. Ausgeschlossen bleibt die Behandlung von Fragen wie Schuld am Krieg, Vorgesichte des Krieges und der militärischen Operationen, so daß damit gerade die Gebiete ausgeschlossen werden, auf denen sich heftige Kontroversen entspinnen könnten.

Am weitesten gediehen ist bei jetzt die englische Serie, die auf rund dreißig Bände berechnet ist, von denen bereits zehn erschienen sind und mehrere in naher Aussicht stehen. Dem englischen Herausgeberausschuss gehören u. a. an als Vorsitzender Sir William Beveridge, der Leiter der Londoner School of Economics, während des Krieges Leiter des englischen Nationalerziehungssystems für die Rohstoffmittelversorgung, ferner Thomas Jones, Kabinettssekretär des Kriegesabinetts, und der bekannte Nationalökonom J. M. Keynes. Der deutsche Herausgeberausschuss, der die Vergabe der einzelnen Arbeiten an die Mitarbeiter der deutschen Serie, die gegen zwanzig Bände umfassen wird, bereits vorgenommen hat, besteht aus dem früheren Reichskanzler Bauer, Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie, Geheimrat Dulsberg, Beverlufen, Dr. Karl Reichler (als Vorsitzender), Professor Wendelsohn-Bartholdy und Professor Sering.

Der große Grundgedanke, der den Verwaltern der Carnegie-Stiftung mit ihren Millionenmitteln für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte vorgeschwebt hat, ist, der künftigen Generationen zu zeigen, welche Wunden der Weltkrieg der Zivilisation gefolgt hat.

Sommer im Mai. Aus der frühlinghaften Witterung, die in den ersten Monaten herrschte, hat sich am Schlusse der Woche rasch hochsommerliche Hitze entwickelt. Schon am Freitag wurden in Ostdeutschland vielfach 25 Grad Wärme erreicht oder ein wenig überschritten; in Frankreich stieg das Thermometer an diesem Tage sogar schon auf 30 Grad Celsius. Die starke Erwärmung breitete sich Sonnabend bei lebhaftem Südwind auf ganz Mitteleuropa aus; überall wurden 25 Grad Celsius erreicht oder beträchtlich überschritten, und das Tagesmaximum erhob sich an zahlreichen Orten bis nahe an 30 Grad Wärme, so daß am 5. Mai weitverbreitet der erste Sommertag dieses Jahres zu verzeichnen war. Der Sonntag vollends war mit seiner Hitze und seinen Gewittern ein richtiger Hochsommerstag. Von Gewitterstürmen abgesehen wird das sommerlich warme Wetter zunächst fortauern.

Der Kampf um das Theatertheater. Die Mitglieder des Schillertheaters haben beim Landtag kürzlich Protest erhoben gegen den Restrogenschluss über die Uebernahme durch das Staatstheater, wodurch 25 von 30 künstlerischen Mitgliedern am 1. September hollös gemacht würden. (Die einfache Lösung, um das Schillertheater seiner Bestimmung als Volkstheater zu erhalten, wäre, es der Volkshäuser anzugeben.)

Porträte. Die Porträte „Die Grundlagen der Relativitätstheorie“ werden von dem Film begleitet am 7. und 8. Mai, 8 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule wiederholt.

Für Kaiser und Republik!

Provokatorische Hindenburg-Rede in Döberitz.

Am Sonntag in Döberitz: Denkmalsweihe! Für die Gefallenen vom 3. Garderegiment, Hindenburg, Löwenfeldt und andere kaiserliche Größen dabei, selbstverständlich auch Eitel Friedrich in altpreussischer Uniform mit Püchelhaube und Portepoe. Und keiner der auf ihre Offizierschreie einstmals so sehr bedachten hohen Offiziere nimmt daran Anstoß, daß dieser Eitel Friedrich wegen Kapitalverschwendung ins Ausland vorbestraft ist und trotzdem sich in ihre Gesellschaft mischt.

Nachdem schon der protestantische Geistliche, ein ehemaliger Divisionspfarrer, des Geburtstags „Seiner kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen“ gedacht hatte — ausgerechnet an diesem Geburtstage mußte das Denkmal enthüllt werden, ebenso ein ähnliches in Spandau! — nahm Hindenburg das Wort, um zunächst der militärischen Ruhmestaten des Regiments zu gedenken. Dann leistete er sich — nach einem Bericht der Telegraphen-Union — folgende ungeheuerliche Provokation in Gegenwart des Reichswehrministers:

Freudig und stolz bekennen wir Alten und Jüngeren, um dieses Denkmal vereint, daß wir in dieser Stunde in Treue, Liebe und Ehrfurcht Sr. Majestät, unseres allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn, unseres erhabenen Führers in dem fast übermenschlichen Ringen für die Ehre und den Bestand des Vaterlandes, gebeten, und daß wir die innigsten Wünsche hegen für Seine königliche Hoheit, den Kronprinzen, der heute seinen Geburtstag begeht. Und dann erinnern wir uns mit warmem, dankbarem Herzen all der vielen, die in unseren Reihen freudig ihr Leben hingegeben haben in dem festen Glauben an die Größe des Vaterlandes. Sie ruhen in Frieden, denn Sie haben ihre Pflicht treu getan gegen König und Vaterland. . .

Nach dieser provokatorischen und von einer unglaublichen politischen Verblendung zeugenden Hindenburg-Rede begnügte sich Reichswehrminister Dr. Gehler mit einer kurzen Erwiderung, in der er im Namen des Reichsfiskus das Denkmal zu treuen Händen des Reiches übernahm und zum Schluß erklärte:

„Alles, was uns heute das Herz bewegt, wollen wir zusammenfassen in dem Gedächtnis treuester Pflichterfüllung für das deutsche Volk, für den deutschen Staat, für die deutsche Republik. In diesem Sinne übernehme ich als eine löbliche Verbindung von Altem und Neuem dieses Denkmal.“

England und die Antwortnote.

Nach Pariser Pressemitteilungen ist die Antwortnote deshalb statt um 5 erst um 7 Uhr dem deutschen Geschäftsträger übergeben worden, weil der britische Außenminister Lord Curzon mitgeteilt hatte, die deutschen Vorschläge schienen zwar auch für England unannehmbar, aber sie sollten gemeinsam von allen Alliierten beantwortet werden. Wegen dieses (vergeblichen) Schrittes wird Curzon in der pariser Presse heftig getadelt und der verjüngte Prelogabe Frankreichs beschuldigt.

Das britische Kabinett berät heute, Montag mittags, über die franko-belgische Antwort. Einstweilen schreibt das Reuters-Bureau:

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß es nicht nötig war, die Antwort an Deutschland zu überhasten. Eine Verzögerung von 3 oder 4 Tagen hätte jedenfalls die Stellung der Alliierten zu Deutschland nicht geändert und eine gemeinsame Antwort der Alliierten würde dem Berliner Kabinett gegenüber mehr Nachdruck gehabt haben. England erkennt zwar an, daß Frankreich und Belgien, wenigstens was die Ruhrbesetzung anbelangt, vor allem allein interessiert sind, aber man meint, daß es auch den Alliierten möglich gewesen wäre, zu erklären, daß die augenblickliche Lage es unmöglich mache, von Verhandlungen zu reden, die von irgendwelchen Bedingungen abhängen. Im Prinzip müßte jedenfalls die englische Regierung der Formfrage die größte Bedeutung zu. Sie ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge die Interessen aller Alliierten berühren und daß infolgedessen die Alliierten zusammen antworten müßten. Die englische Regierung hebt auch hervor, daß sie erklärt habe, sie würde sich zu der deutschen Note nicht äußern, ohne vorher die französische Meinung kennengelernt zu haben. Es sei leicht verständlich, daß nur in der Formfrage ein Gegenstand zu der englischen Meinung bestehe, da die englische Regierung öffentlich habe erklären lassen, daß die deutschen Vorschläge unannehmbar seien. Wahrscheinlich habe sie damit sagen wollen, daß sie die deutschen Vorschläge für eine Basis von Verhandlungen nicht als geeignet ansehe, daß diese aber vielleicht den Ausgangspunkt für Verhandlungen bilden könnten. Die Nuance hierin, so erklärt man in gut unterrichteten Kreisen, könne als zu spitzfindig erscheinen, aber man könne nicht behaupten, daß eine derartige Meinung der Ueberzeugung der übrigen alliierten Regierungen zu widerspreche, die darauf hinausgeht, daß der deutschen Regierung eine Abweisung zuteil werden müßte.

London, 7. Mai. (WZB.) „Daily Mail“ zufolge wird Stanley Baldwin heute im Unterhaus vom Abg. Bennet gefragt werden, ob der Premierminister in der Lage sei, die britische Antwort auf das deutsche Angebot mitzuteilen und ob die britische Ansicht formell von den Alliierten, die im Ruhrgebiet operieren, eingeholt worden sei. Eine Gelegenheit für eine volle Debatte über die Ruhrfrage bietet sich im Unterhaus am Donnerstag beim Etat des auswärtigen Amtes.

London, 7. Mai. (WZB.) „Sunday Times“ zufolge empfing Lord Curzon gestern die Botschafter Frankreichs und Belgiens. Bei der dabei erfolgten formellen Ueberreichung des Wortlauts der französischen und belgischen Antwort sei der französische Standpunkt bezüglich der Art dargelegt worden, in der die Antwort an Deutschland beschlossen wurde. Poincaré habe zum Ausdruck bringen lassen, er hätte es sehr vorgezogen, daß die Antwort an Deutschland die Gestalt einer Kollektivnote der Alliierten angenommen hätte, aber dies sei unmöglich gewesen infolge der Forderung der französischen Öffentlichkeit und der Ansicht des Parlements, daß das deutsche Angebot sofort abzulehnen sei. Lord Curzon sei die Versicherung gegeben worden, daß, wenn in Zukunft Deutschland ein Angebot mache, das in irgendeiner Weise als Entwertungsgrundlage angesehen werden könne, Poincaré bereit sein würde, es gemeinsam mit allen Alliierten zu erwägen.

Londoner Pressstimmen.

London, 7. Mai. (WZB.) Die Presse gibt ihrer Enttäuschung über die gelobte Ablehnung des deutschen Angebotes durch Frankreich und Belgien freien Ausdruck. Es wird betont, daß England an den Reparationen in diesem Maße interessiert ist wie Frankreich und Belgien. „Times“ schreibt im Sinne des Reuters-Communications. „Daily Telegraph“ schreibt, mit der Hervorhebung der deutschen Note habe die französische Note selber mehr als den Inhalt des Reparationsangebotes Dr. Cuno verworfen.

Nachdem auch den Appell der britischen Regierung nach einer gemeinsamen Aktion, den Lord Curzon in seiner Albert-Hall-Rede vorgebracht habe. Es sage, die infolgedessen entstehen müßte, sei

Zum Schluß erfolgte der übliche Parademarsch der „Traditionskompanie“ und der aus ganz Deutschland zusammengekommenen Angehörigen des früheren dritten Garderegiments. Alle Offiziere marschierten mit, und Hindenburg und Eitel Friedrich standen zusammen, um die Parade abzunehmen. . .

Die Fadelzug-Affäre in Lichterfelde war nach Mitteilung des Reichswehrministeriums mit ihm vorher in allen Punkten vereinbart. Da der Reichswehrminister selbst nun an der Denkmalsentheilung in Döberitz teilnahm, so muß doch wohl das Programm auch dieser Feier vorher vereinbart worden sein. Hat man denn den Sinn und den Wortlaut der Reden nicht vorher festgelegt? Oder hat man sich durch den alten Herrn mit dem Marschallstab im Vertrauen auf seine Loyalität so vollkommen überraschen lassen?

Auf jeden Fall wird das deutsche Volk aufs höchste erstaunt und entrüstet sein über die Möglichkeit, daß eine solche monarchistische Kundgebung unter den Augen des republikanischen Reichswehrministers abspielen konnte, ohne daß der Minister und auf seinen Befehl die anwesenden Reichswehrruppen entweder sofort sich von der Feier zurückzogen oder, was noch richtiger gewesen wäre, den kaiserlichen Truppenübungsplatz schleunigst von den monarchistischen Elementen säubern ließen!

Noch dringender als bisher erhebt sich die Frage, ob und wie lange sich die Regierung des Reiches derartige Provokationen gefallen lassen will. In den Arbeiterkreisen und in allen Schichten des republikanisch denkenden Volkes wächst die Empörung über diese Zustände. Es wird verlangt, daß endlich der ganze Uniformrummel für die abgedankten Offiziere des alten Heeres aufhört. Wenn nicht anders, muß das durch Befehl herbeigeführt werden. Denn das deutsche Volk hat es gründlich satt, immer wieder die Fenster Scheiben zu bezahnen, die die Vertreter des alten Militarismus in Scherben zu schlagen belieben. Die republikanische Bevölkerung wird sich solche Provokationen auf keinen Fall länger bieten lassen. Diejenigen, die sie dulden, tragen die Verantwortung für alle Folgen.

durchaus bedauerlich. Es gebe verschiedene Arten, in der Berlin klargemacht werden könnte, daß der Inhalt der deutschen Note unannehmbar sei. Poincarés Vorgehen sei eine äußerst unglückliche Antwort auf den Albert-Hall-Appell Curzons und sie sei um so überraschender, als das deutsche Angebot selbst als in gewissem Sinne durch Lord Curzons Rede beeinflusst angesehen werden müsse. „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß wenig Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten über die Unzulänglichkeit des deutschen Angebotes herrsche. Ebenso bestehe allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß gewisse Stellen in der Berliner Note zum Ausdruck brächen, daß Deutschland immer noch nicht erlernet habe, daß es Besiegter und nicht Sieger im Weltkrieg sei. Sei gutem Willen hätte eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Note innerhalb weniger Tage entworfen werden können, insbesondere die Ansicht der britischen Regierung, wie verlautet, die sei, daß, während die Note selbst als Verhandlungsgrundlage unannehmbar sei, sie gut zu einem Aufstufungspunkte zur Erreichung einer solchen Grundlage genommen werden könne. Es sei anzunehmen, daß dies auch die Ansicht der italienischen Regierung sei. Wenn dieses erste endgültige deutsche Angebot zu zahlen, mit einer glatten Weigerung, es auch nur in Erwägung zu ziehen, beantwortet werde, was solle dann geschehen? Nach Ansicht des „Daily Telegraph“ könne der in Frankreich befürwortete stärkere Druck auf Deutschland den vollständigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands herbeiführen und die weitere Verzögerung seiner wirtschaftlichen Fähigkeit, dem Ausland zu kaufen. Wenn ein Sabel in Berlin notwendig sei, so wäre sicher die gemeinsame Aktion der Alliierten ein viel besseres Werkzeug als die französischen und belgischen Bajonette im Ruhrgebiet. Man könne nicht umhin zu denken, daß der britische Staatssekretär des Auswärtigen mit zu wenig Rücksicht behandelt worden sei.

Italien durchschaut das Manöver.

Rom, 7. Mai. (WZB.) Der „Radio Paese“ schreibt: Kein Kulturvolk könne die Forderung annehmen, den passiven Widerstand aufzugeben. Ueberdies wäre nach einer solchen bedingungslosen Kapitulation jede Verhandlung überflüssig, insbesondere Bainvilles Kommentar beweise, daß Frankreich Deutschland ruinieren und Rhein und Ruhr unter Verzicht auf Reparationen einstecken wolle, was für die übrigen Verbündeten unannehmbar sei. „Secolo“ schreibt ähnlich: Die deutsche Zahlungsunfähigkeit liefere Frankreich den Vorwand, seinen gefürchteten Gegner zu vernichten. England und Italien dürften der französischen Ablehnung nicht beizustimmen, sondern müßten selbständig vorgehen, um ihre Reparationsquoten zu retten.

Englands Bruch mit Rußland.

Ausweisung der Sowjetvertretung?

London, 7. Mai. (WZB.) „Times“ zufolge besteht guter Grund zu der Annahme, daß die Mehrheit des britischen Kabinetts gegen die weitere Anwesenheit der russischen Handelsdelegation in England sei. Eine Mitteilung in diesem Sinne könne in der unmittelbaren Zukunft erwartet werden.

London, 7. Mai. (EE.) Arthur Henderson hielt gestern in Newcastle eine Rede, worin er seinem Bedauern über den drohenden Abbruch der englisch-russischen Handelsbeziehungen Ausdruck gab. Die Hauptgefahr bestehe darin, daß die englische Regierung der russischen eine Note zukunden würde, die so drohend gehalten wäre, daß der Bruch unvermeidlich wäre. Das wäre ein Riesenerntum. Die Labour Party müsse alles tun, um diesem Irrtum vorzubeugen.

Frankösisch-holländischer Zwischenfall.

Rotterdam, 7. Mai. (WZB.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Ruhrort: Ein holländischer Schleppschiff mit Kohlen für eine holländische Gesellschaft wurde am 24. April von französischen Marinesoldaten besetzt, die trotz dem Protest des Schiffers die holländische Flagge niederholten. Der Schiffer und sein Matrose verließen darauf das Schiff, welches von einem französischen Schleppboot fortgeführt wurde. Am 28. April wurden Schiff und Ladung auf Protest des holländischen Konsuls freigegeben. Bei der Unterjuchung durch einen Vertreter des Konsulats wurde, außer äußeren Beschädigungen festgestellt, daß aus den Behältern des Schiffers und des Matrosen aller Hausrat sowie die Flaggen vermischt worden waren und daß alles was nicht mitgenommen wurde, ruiniert worden war. Die Deben waren umgeworfen, die Spiegel zerstoßen, ein Rognet des Rotors entwendet usw.

Maisfeier in München.

München, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntag veranstalteten die Münchener Sozialdemokraten eine Demonstration, die in der Teilnehmerzahl alle vorhergehenden übertraf. Mehr als 100 000 Menschen hielten sich im Volkspark versammelt, wofür sie in geschlossenem Zuge marschierten, ohne daß die Helikopter es wagten, irgendwelche Sitzungen vorzunehmen.

Neuer Tumult im Landtag.

Die Kommunisten verhindern die Sitzung.

Die Kommunisten führten in der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages wiederum Szenen herbei, die an Rüpeltätigkeit kaum überboten werden können. Der Eintritt in die Tagesordnung stellte der Kommunist Schulz-Reußlin den Antrag, daß der Ausschluß des Kommunisten Rat von den Sitzungen sofort zurückgenommen werde. In der Begründung des Antrages verweist sich Schulz zu neuen Wahlforderungen und Beschimpfungen des Hauses. Schulz verlangt die sofortige Bekämpfung seines Antrages und erklärt, die Sozialdemokraten würden natürlich dagegen stimmen, weil sie jetzt mit dem reaktionären Gschindl zusammen die große Koalition schaffen wollten. Man habe sogar die Frechheit gehabt, dem Abg. Rath den Besuch der Tribünen zu verbieten. Dabei sei doch in der Geschäftsordnung bezüglich des Ausschusses von den Sitzungen nur vom „Saal“ die Rede. Aber Präsident Veinert habe in angemessener, frech angemessener . . . (Der Satz bricht ab, förmliche Entrüstungs- und Empörungsrufe im Hause).

Vizepräsident Gornitz: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Der Kommunist Schulz-Reußlin tritt ab. Die Kommunisten lärmen und toben. Hierauf stellt der Kommunist Menzel-Halle im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Anträge der Kommunisten bezüglich der Befreiung der Kriminalisbremen aus dem Hause und dergl. auf die Tagesordnung zu setzen. Menzel appelliert dabei an die bürgerlichen Parteien; denn die preussischen Unter seien ja in der Beschränkung der parlamentarischen Rechte noch nicht so glücklich gewesen, wie die Sozialdemokraten. Als Menzel sich ebenfalls zu Beschimpfungen gegen den Präsidenten Veinert verleiht, wird er zur Ordnung gerufen. Die Kommunisten lärmen und machen fortwährend Zwischenrufe. In die Redezeit für Menzel abgelaufen ist, muß auch er die Rednertribüne verlassen.

Inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte eingelaufen. Bei seiner Bekanntgabe toben die Kommunisten. Der Antrag wird angenommen. Gegen die sofortige Beratung des Antrages Menzel-Halle wird Widerspruch erhoben. Als nun Dr. Stiefens von der Deutschen Volkspartei die Aussprache über den Antisocialisten fortsetzen will, injizieren die Kommunisten einen so wohnsinnigen Tumult im Hause, daß niemand mehr sein eigenes Wort verstehen kann. Die Kommunisten lärmen, schreien, toben, brüllen, schlagen auf die Bulte, um dem Redner das Sprechen unmöglich zu machen. Das Haus nimmt zunächst den ungeheuren Kobau mit der größten Gelassenheit und Gleichgültigkeit hin. Der deutschvölkische Redner verläßt seine Rede zu den Stenographen hinunter zu sprechen. Eine Zeit lang ist das möglich. Dann aber steigert sich der Lärm so ungeheuer, daß der Redner keine Ausführungen abdrückt. Der Präsident läutet. Seine Worte sind nicht mehr zu verstehen. Wählig verläßt er seinen Platz. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Kommunist Hoffmann als Hauptstörer ist, wie sich jetzt herausstellt, von der Sitzung ausgeschlossen worden. Alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten verlassen den Saal. Die Kommunisten dagegen besetzen sich auf ihre Plätze und legen sich schüßend um ihren Parteifreund Hoffmann herum. Die Spannung im Hause ist aufs höchste gestiegen.

Der Krupp-Prozess in Werden.

Werden, 7. Mai. (WZB.) Erst kurz nach 8 1/2 Uhr begannen die Verhandlungen des Prozeßtages. Als Zeugen wurden der Privatsekretär des Herrn Krupp von Bohlen, Schueppner, und der Bureauvorsteher des Privatbureaus des Direktors Desterien, Hah, und der Botenmeister Gräulich vernommen, deren Aussagen nichts Neues bieten. Schueppner bekämpft, daß Krupp von Bohlen sich in seiner Korrespondenz, die ganz durch die Hände des Zeugen gegangen sei, niemals in Angelegenheiten des Direktoriums gemischt habe. Hah hat von einer Vereinbarung, im Falle einer Befehung die Sirenen ziehen zu lassen, bis 31. März nichts gewußt. Es war ihm aber trotzdem nicht verwunderlich, als das Sirenengeheul ertönte, da im ganzen Ruhrgebiet den Arbeitern bekannt war, daß im Falle einer französischen Befehung zwecks Niederlegung der Arbeit die Sirenen gezogen werden. Botenmeister Gräulich kommt in seiner Aussage darauf zu sprechen, daß er an dem Osterabendmorgens den mit den Personalangelegenheiten betrauten Direktor Kloepper Herrn Krupp von Bohlen gemeldet hatte. Der Staatsanwalt legt anscheinend großen Wert darauf, über das, was bei diesem Besuch besprochen wurde, näheres zu hören. Krupp von Bohlen erklärt, daß er Direktor Kloepper beauftragt habe, ihm durch den ältesten katholischen Geistlichen in Essen, Monsignore Gustraten, eine Unterredung mit dem damals in Essen weilenden päpstlichen Delegaten, Mons. Tesio, zu erwirken.

Geldbuße für Düsseldorf.

Düsseldorf, 7. Mai. (WZB.) Sonnabend vormittag erschienen im Rathaus, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, französische Beamte, um die der Stadt Düsseldorf für verschiedene Sabotageakte auferlegte Geldbuße von 50 Millionen Mark zu requirieren. Die Bezahlung wurde von der Stadt verweigert. Darauf ermahnen die Franzosen gegen den Protest der städtischen Beamten die Summe aus dem Kassenschatz der Stadthauptkasse.

Neue Eisenbahnerausweisungen.

Darmstadt, 5. Mai. (WZB.) Die Franzosen richteten an den Bürgermeister der Stadt Biegen das Ersuchen, Quartier für die französischen Eisenbahner zu schaffen. Da sie genau wissen, daß dies angesichts der Wohnungsnot unmöglich ist, haben sie damit eine neue Handhabe zur Begründung von Ausweisungen gefunden. Weitere vierzig Eisenbahner sind unter diesem Vorwand ausgewiesen worden. Die Ausgewiesenen dürfen nur die notwendigen Habe mitnehmen und müssen alles andere auf ausdrückliche französische Anordnung zurücklassen.

Unsicherheit auf dem Devisenmarkt.

Nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers am Sonntag hatte die Börse für die neue Woche eine Fortsetzung der Intervention der Reichsbank am Devisenmarkt erwartet. Da diese jedoch ausblieb, riefen die Erörterungen über die Wahrscheinlichkeit eines Kabinettswechsels und die ablehnende Antwort Frankreichs und Belgiens eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Im Verlauf der ersten Börsensunde stieg der Dollar bereits auf 37400. Mit der Devisenverordnung, deren wesentlichste Bestimmungen nunmehr offiziell bekannt geworden sind, hat sich die Börse bereits abgefunden. Ziel besetzt wurde der Reichsbankausweis vom 30. April, der eine Steigerung des Notenumlaufs um 4489 Milliarden Mark auf 6526 Milliarden Mark zeigt. Die feste Haltung des Dollars veranlaßt die Berufspolulation zu größeren Rückkäufen am Effektenmarkt, der infolgedessen ein überwiegend festes Gepräge zeigt. Die Geldmarktfrage ist ziemlich flüchtig.

Der Maijugendtag.

Auftakt im Lustgarten.

Wieder stand der Lustgarten im Zeichen der roten und schwarz-roigoldenen Fahnen. Arbeiterjugend und Mädels waren es, die sich hier gestern vormittag im prächtigen Glanz der Maiensonne zusammenfanden zu einer Kundgebung für Jugendchutz und Jugendrecht.

Hier, wo so oft auf diesem historisch gewordenen Platz die wertvolle Bevölkerung Berlins das Weltgewissen anrief, fordert in dieser Stunde die arbeitende Jugend unseres Volkes den Schutz und Beistand von Staat und Gesellschaft. Wo ist die Jugendzeit, die die Dichter als die schönste, die glücklichste Zeit im Leben des Menschen preisen konnten? Nie oder nur selten wurde sie dem Kinde armer und doch so fleißiger und rechtschaffener Eltern zuteil.

vollen Klänge der „Internationale“ nicht im geringsten hinderte, sich frei über den Häupten zu erheben. Langsam formierte sich der imposante Zug. Mit Gesang ging es durchs südöstliche Arbeiterdortel zum Schleifischen Bahnhof, wo ein Sonderzug zur Fahrt nach Kaulsdorf bereitstand.

Das Fest im Walde.

Hinter dem Restaurant Pferdewald bei Kaulsdorf liegt mitten im schönsten Landschaft ein riesengroßer trockener Waldwiesenplan, der von den Tausenden alsbald mit Beschlag belegt wurde. Mit den roten bunten Kleidern der Mädels weiteten die fröhlichen farbigen Mittel der Jungen, so daß es mit allem am Waldrand Gelagerten ausah, als ob die schönsten bunten Blumen aus dem Grund sprossen.

Vorarbeit für Hamburg.

Die Berliner Parteiorganisation zum Internationalen Kongress. Im Berliner Gewerkschaftshaus fand eine Vorstandskonferenz der Groß-Berliner Parteiorganisation statt, zu der der Bezirksvorstand, die Kreisvorstände und die Abteilungen ihre Vertreter entsandt hatten.

Der Redner kennzeichnete die seit Ausbruch des Weltkrieges nicht erklärten Bestrebungen, die Internationale neu aufzubauen. Die Weltkapitalisten, so führte Crispian aus, die die Weltpolitik machen, sind schon längst in ihrem Fühlen und Handeln international eingestellt.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung sah von einer Diskussion ab und wählte als Berliner Delegierte für die Hamburger Tagung die Genossen Schlegel und Küntler und die Genossin Lodenhagen.

Die Polizei paßt sich an.

Valuta und Geldstrafen.

Wenn man des Merzens aufsteht und obnunglos seine Blumen begehrt, damit sie der Hitze des Tages Widerstand leisten können, und das Kühlung spendende Reg tropfen, weil die Balkone so wunderschön „praktisch“ dazu eingerichtet sind, hernieder auf die Straße, dann kann es einem passieren, daß man nach auf den nächsten Morgen ein Strafmandat erhält und einige Tausender beiseite tankt.

Bootskatastrophe.

Ein außerordentlich schweres Unglück ereignete sich infolge des Unwetters auf dem Havel bei Köpenick. Infolge des Unwetters auf dem Havel bei Köpenick ereignete sich ein außerordentlich schweres Unglück. Ein Boot wurde von einer außerordentlich starken See erfasst und mit Wasser gefüllt.

Hundeprüfung.

Bekannt, die Fähigkeiten des Hundes immer mehr zum Schutze des Menschen auszunutzen, ließ die Ortsgruppe Berlin-Schöneberg des Deutschen Schäferhundverbandes auf dem Sportplatz in der Rubensstraße die Hunde nach einer neuen Ordnung prüfen.

Macht der Musik.

Ein Café in der Friedeichstraße, so zwischen Jäger- und Leipziger Straße. Es Uhr abends, und in den im Stil der Kaiserzeit stimmungsvoll ausgestatteten Hallen herrscht Hochbetrieb. Nach einer Stunde ist Schluß, und jeder der zahlreich und überaus zahlkräftigen Gäste will noch schnell den „Anschluß“ erreichen.

Inwetterfolgen.

Ein schwerer Tag für Eisenbahner und Feuerweh. Ein Sonntagmorgen im Mai mit einer Hitze, die des Juli würdig gewesen wäre, und sich im Laufe des Tages im Schatten auf über 30 Grad steigerte. Die Vorortbahnen muhten das meiste ausbilden, um die Massen hinauszufördern.

Gibt es keine Wohnungsuchenden mehr?

Diese Frage ist berechtigt, wenn man hört, daß seit Anfang März d. J. eine gesunde Zweifamilienwohnung mit Küche, Kammer und Balkon im Hinterhause der Christianstraße 101 unbewohnt ist.

